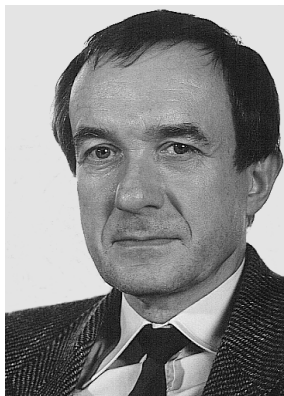


Die Ankündigung, daß die italienische Großbank UniCredit die Münchner HypoVereinsbank (HVB) übernehmen will, ist in Deutschland von der politischen Szene ohne die sonst übliche Entrüstung zur Kenntnis genommen worden. Dies mag drei Gründe haben. Erstens findet der mit der Übernahme verbundene Abbau von Arbeitsplätzen vorerst vor allem in osteuropäischen Standorten statt. Zweitens handelt es sich nicht um eine „feindliche“ Übernahme; vielmehr wurden die Modalitäten der Übernahme von den Vorständen beider Banken ausgehandelt. Drittens liefert die wegen ihrer Schiefelage zum Übernahmekandidaten gewordene HypoVereinsbank keine Argumente für Kapitalismuskritik. Im Gegenteil, der von der bayerischen Staatskanzlei im Jahr 1997 moderierte Zusammenschluß der beiden größten bayerischen Privatbanken zur HBV galt lange Zeit als Paradebeispiel für erfolgreiche Industriepolitik, die in beiden Volksparteien viele Befürworter hat.

Daß gerade auch die wohl künftig regierenden Unionsparteien ordnungspolitisch keineswegs an einem Strang ziehen, bewies die hessische Landesregierung, als sie die Frankfurter Sparkasse, die als „freie“ Sparkasse nicht den Auflagen des Sparkassengesetzes unterlag, dazu veranlaßte, sich unter die Fittiche der Hessischen Landesbank zu begeben, anstatt sich mit Privatbanken zu verbinden. Demgegenüber behält sich die neue Koalition in Nordrhein-Westfalen ausdrücklich die Option vor, ihren Anteil an der Westdeutschen Landesbank zu veräußern.

Die Vorstände deutscher Privatbanken beklagen sich immer mehr über die niedrige Börsenbewertung ihrer Unternehmen. Selbst die Deutsche Bank, die in Deutschland mit weitem Abstand Primus ist,



Hans-Hagen Härtel

Kreditwirtschaft unter Zugzwang

rangiert in der Weltrangliste mit weitem Abstand hinter den Spitzenreitern aus anderen Ländern. Mit Bosheit kann man sogar sagen, daß sich der wirtschaftliche und politische Einfluß dieser Bank seit den Zeiten von Josef Hermann Abs reziprok zu den Vorstandgehältern entwickelt hat. Man muß vermutlich aber auch konzedieren, daß die niedrige Börsenbewertung nicht nur auf die Performance der Banken zurückzuführen ist, sondern auch auf einen Risikoabschlag, den die internationalen Anleger wegen der ungeklärten Rahmenbedingungen vornehmen, denen deutsche Banken unterworfen sind. Zur deutschen Tradition gehört das Drei-Säulen-Modell, wonach nur die institutionelle Trennung in Privatbanken, Kreditgenossenschaften und öffentlich-rechtliche Sparkassen und Landesbanken den Interessen der Kreditnehmer, der Sparer und des Gemeinwesens gerecht werde. Man konnte immer darüber streiten, ob sich dieses Modell bewährt hat. Es mußte aber selbst den Befürwortern klar sein, daß die deutsche Besonderheit nicht exportfähig ist und deshalb weder der Wettbewerbsaufsicht der EU, noch der Globalisierung

standhalten würde. Solange die Rahmenbedingungen nicht geklärt sind, wissen beispielsweise internationale Anleger nicht, ob das Filialnetz einer deutschen Bank ein Pfund ist, mit dem sich wuchern läßt, oder eine Last, die bald abgestoßen werden muß.

Es ist das Versäumnis der Bundes- und Landesregierungen, egal von welchen Parteien getragen, daß sie nicht von sich aus, sondern nur unter dem Zwang von Brüssel sich dazu bequemten, darüber nachzudenken, wie die überkommene Struktur der deutschen Kreditwirtschaft europatauglich und globalisierungsgerecht zu machen ist. Für den Entscheidungsprozeß wäre es hilfreich, wenn die beiden Volksparteien das Erbe Ludwig Erhards nicht nur verbal beschwören, sondern sich auch klar machen, worin es besteht, nämlich in der Betonung einer guten Ordnungspolitik. Es ist eine Binsenweisheit, daß der Finanzsektor anfällig für Marktversagen ist und nicht unreguliert dem freien Markt überlassen werden kann. Die Frage ist nur, auf welche Weise dies geschehen soll. Weltweit hatten sich hierfür zwei Traditionen entwickelt, die anglo-amerikanische, welche die Banken einer Finanzaufsicht unterstellt, und die kontinentaleuropäische, bei der sich die öffentliche Hand – früher auch die Gewerkschaften – als Bankier betätigt. Im Prinzip ist unter den Sachverständigen ausgemacht, daß nur das anglo-amerikanische Modell globalisierungstauglich ist. Als ein französischer Handelsminister einen Gewerbetreibenden einmal fragte, was denn der Staat Gutes für die Wirtschaft tun könne, antwortete dieser: „Schafft gute Wege, schlägt gutes Geld, gebt ein promptes Wechselrecht und das andere läßt uns nur machen (laissez faire)“!